

## Rotstift bei den Reichen – nicht bei uns!



### Innenpolitik

Die Situation im Bildungswesen ist dramatisch und Widerstand formiert sich.

Seite 3



### Schwerpunkt

Spätestens seit Trump 2 ist die Weltlage gefährlicher, aber auch widersprüchlicher.

Seiten 6 und 7

# SPÖ: Alles fürs Staatswohl und “die Wirtschaft”

Nach dreißig Jahren neoliberaler Kürzungspolitik ist von der ehemaligen Arbeiter\*innenpartei SPÖ nicht mehr viel übrig. Babler ist angetreten, das zu ändern. Zwei Jahre später sitzt er als Vizekanzler in der Regierung und tut genau das Gegenteil: Die SPÖ kürzt weiter auf dem Rücken der arbeitenden Menschen, Pensionist\*innen und Arbeitslosen. Was ist passiert?

Von Albert Kropf, SO Wien

Dem kapitalistischen Dogma “Staatshaushalt sanieren” folgend und um nicht beim ÖVP- und Neos-Klientel der Besserverdienenden und Reichen zu kürzen, rücken Babler und Finanzminister Marterbauer aus und erklären, warum wir (also die Arbeiter\*innenklasse) die Sparpakete schultern müssen. Während kapitalistische Hardliner mit Vorschlägen von Pensionsalter 70 und Angriffen auf Teilzeitbeschäftigte vortreten, erklären SPÖ- und ÖGB-Politiker\*innen ihre Kürzungen als “sanfte Alternative”. Von Bablers ursprüngli-

Jede Maßnahme, jedes Reförmchen, das aus der SPÖ Zentrale verkündet wird, trägt das „Gütesiegel“ der Standortlogik. Paradebeispiel: Die Teilpension. Was von SPÖ und ÖGB als soziale Innovation gefeiert wird, ist in Wahrheit ein Geschenk an Unternehmen. Die älteren Beschäftigten werden günstiger und zugleich wird der Arbeitsmarkt weiter flexibilisiert. Die SPÖ verkauft das als Sieg für die Menschen – dabei sind es die Unternehmen, die gewinnen: Weniger Lohnkosten, mehr Druck und weniger Pension für die Beschäftigten, keine Rücksicht auf soziale Sicherheit. Unzählige müssen später bzw. mit niedrigerer Pension gehen – oder sind länger arbeitslos, weil Ältere dann doch keine Jobs finden. Die vielbeschworene „soziale Gerechtigkeit“ bleibt ein PR-Slogan, während sich Kürzungen und Angriffe wie ein roter Faden durch das gesamte Regierungsprogramm ziehen.

chen Programm ist nichts mehr über, denn in Zeiten multipler Krisen gibt es keine Spielräume. Deswegen vertrösten Marterbauer und Babler auf später. Das ist aber der Sankt Nimmerleinstag. Erstens befinden sich die Weltwirtschaft und besonders die EU in einer strukturellen Krise. Zweitens werden Babler und Marterbauer nach der nächsten Wahl wahrscheinlich weg sein, nachdem die SPÖ das nächste „schlechteste Ergebnis“ eingefahren hat.

## SPÖ und Staat: alte Liebe rostet nicht

Nicht neu ist die Fixierung der SPÖ auf den Staat. Der Ursprung liegt im “Austromarxismus” der 1920er Jahre (der mit Marxismus wenig zu tun hat). Der Staat sei ein neutrales Gebilde, das von links und rechts gefüllt werden könne und unabhängiger Schiedsrichter. Tatsächlich stand der Staat immer auf Seite der Mächtigen und Herrschenden. Das Projekt des “Roten Wiens” wurde vom (austro)faschistischen Staat zerschlagen. Der Austrokeynsianismus von Kreisky war v.a. ein Modernisierungsschub für die Privatwirtschaft mit Staatsgeldern und besonderer Rolle der Verstaatlichten als billiger Lieferant. Das soziale Reformwerk lief nebenbei mit, weil die Spielräume (Wirtschaftswachstum und Reserven) des Kapitalismus viel größer waren. Die SPÖ ist im Gegensatz zu traditionellen kapitalistischen Parteien in keinem Teil des Kapitals verankert und kann daher im Sinne der gebündelten unternehmerischen Interessen des österreichischen Kapitals agieren. Mit ihrer völligen Verbürgerlichung seit den 1990ern ist nur diese Aufgabe übrig

geblieben. Wenn die Babler-SPÖ “Verantwortung” zum “Staatswohl” (für die Wirtschaft, gegen die FPÖ) übernehmen will, steht sie in dieser Tradition.

## Neue Arbeiter\*innen-Partei notwendig

Die ÖGB-Führung spielt dabei brav mit. Anstatt konsequent die Interessen der Beschäftigten gegen die kapitalistische Offensive zu vertreten, bastelt sie an letztlich faulen Kompromissen und hält die Basis ruhig. Alles wird mit dem Schreckgespenst einer FPÖ-Regierung durchgewunken. Unter dem Banner der Standortverteidigung werden Verschlechterungen gefeiert, die den Sozialstaat aushöhlen und den Druck auf die Beschäftigten erhöhen. Viele haben Babler für das Gegenteil gewählt. Die SPÖ ist heute keinen Schritt näher an einer Arbeiter\*innen-Partei als bei Bablers Antritt – und die FPÖ gewinnt weiter.

Betriebliche und soziale Kämpfe gegen die Angriffe der Regierung sind also dringend nötig – auch wenn Gewerkschaften und Betriebsräte dabei in Konflikt mit der SPÖ kommen. Eine Bewegung und ein Programm, das sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Arbeiter\*innen orientiert und das Geld für einen Ausbau des Sozialstaates, für Bildung, Gesundheit, leistbares Wohnen und Umwelt bei Firmen und Superreichen holt, ist nicht nur nötig, sondern auch der beste Weg, um die FPÖ ausbremsen. Denn aus so einem Kampf kann auch eine eigene, wirkliche Vertretung – eine neue Arbeiter\*innen-Partei, die bereit ist, mit der Logik des Kapitalismus zu brechen – entstehen.



## Zwei Buchempfehlungen:

1) Die Geschichte der österreichischen Arbeiter\*innenbewegung von Sonja Grusch (20.-)

2) Am Beispiel des Austromarxismus von Peter Kulemann mit einem Vorwort von Gerhard Ziegler (30.-)  
Beide bei uns erhältlich



# Kaputte Schule

## Schuld sind Jahre des Rotstiftes, nicht Migrant\*innen!

Das mediale Bild des öffentlichen Schulsystems: Früher hätte es gut funktioniert. Im Laufe der letzten Jahre sei das Niveau, v.a. an den Mittelschulen, wegen der vielen Kinder mit Migrationshintergrund gesunken.

Von Anna Hiermann, SO Wien

Die Entlastung des Bildungssystems war eines der Argumente der Regierung, um den Familiennachzug zu stoppen. Tatsache ist, dass das Bildungswesen mit erheblichen Problemen, wie zu großen Klassen, Lehrer\*innenmangel etc., zu kämpfen hat. Zusätzlich spiegeln sich gesellschaftliche Probleme, wie Armut, Rassismus, Sexismus oder die Folgen der Weltpolitik auch in den Schulen wider, je nach Schultyp und Region in unterschiedlichem Ausmaß. Doch nicht Kinder mit Wurzeln in der Türkei, Syrien, dem Sudan oder Tschetschenien haben seit Jahrzehnten den Rotstift in der Bildung angesetzt, müssen aber jetzt als Sündenbock für das Versagen der etablierten Parteien herhalten.

### Mehr Ressourcen nötig

Ähnlich wie im Gesundheits- und Sozialsystem wurde unter dem Deckmantel von "Reformen" im Bildungsbereich gespart. Statt zusätzlicher Mittel aufgrund der steigenden Aufgaben und der Inflation sollen Schulen wie Unternehmen geführt werden. Ein Beispiel ist die "Inklusion". Sie soll die Trennung von Schüler\*innen aufgrund einer Behinderung überwinden. In der Spar-Praxis



bedeutet "Inklusion" aber, dass Kinder mit unterschiedlichsten Bedürfnissen in eine Klasse ohne zusätzliches Personal kommen, Sonderpädagog\*innen sind ebenfalls nicht vorgesehen. Die "Lösung" ist kein Zurück zu Sonderschulen, sondern endlich ausreichend Hilfsmittel, Lehrkräfte, Sonderpädagog\*innen, Schulpsycholog\*innen, Sozialarbeiter\*innen. Die Antwort auf die steigende Wut und Verzweiflung von Lehrpersonen beschränkt sich zynisch auf die Aufforderung, resilienter zu sein, d.h. die Missstände besser auszuhalten.

Ein Beispiel für die Folgen des Neoliberalismus ist die "Schulautonomie". Schulen müssen "wirtschaftlich" geführt werden. Das führt dazu, dass z.B. für Projekte selbst Sponsor\*innen aufgetrieben werden müssen, sowie die billigsten Materialien bestellt werden müssen, anstatt die besten. Während Privatschulen aus öffentlichen Geldern Millionenzuschüsse erhalten, müssen

sich öffentliche Schulen zunehmend Geld von den Eltern oder Firmen holen, um überhaupt noch über die Runden zu kommen. Doch die Behauptung, es sei "leider kein Geld vorhanden", ist falsch: Schließlich ist für Aufrüstung auch genügend Geld da.

Die Bildungspolitik der letzten Jahre zeigt, dass die Hoffnung auf echte Verbesserungen nicht auf Regierung, Bildungsministerium oder Bildungsdirektionen gelegt werden kann. Zusätzlich verhalten sich die Gewerkschaften mehr als zurückhaltend, wenn es um die Abwehr von Kürzungen geht.

Kein Wunder also, wenn viele Beschäftigte gar nicht mehr eintreten. Die vielen Basisinitiativen zur Bildung zeigen die Bereitschaft, aktiv zu werden und auch zu kämpfen. Die Lösung ist es nicht, die Gewerkschaften der bremsenden Führung zu überlassen, sondern sie uns endlich als Kampforganisationen zurückzuholen.

## Es tut sich viel - Bildungsproteste von unten geplant

Der Unmut unter Lehrpersonen ist groß! Über die scheinheiligen Versprechen der politisch Verantwortlichen, die Schulterklopper ohne echte Unterstützung und über die Passivität der zuständigen Gewerkschaft. Aber es gibt auch zahlreiche Initiativen im Bildungsbereich, in denen Schüler\*innen, Eltern und Lehrpersonen versuchen, die Probleme aufzuzeigen und die schon so lange überfälligen Verbesserungen oder auch nur das Stopfen der Löcher zu erreichen.

Eine solche Initiative hat sich in Wien, im 2ten Bezirk aus Lehrpersonen verschiedener Schulen gebildet. Neben der Idee für eine Dienststellenversammlung aller Kolleg\*innen im Bezirk (die die Personalvertretungsmehrheit allerdings nicht unterstützt) gibt es Pläne für einen Bildungsprotesttag im Bezirk.

Hier können Schüler\*innen, Lehrpersonen, andere Beschäftigte im Bildungswesen und Eltern zusammen aktiv werden. In Arbeitskreisen, Pro-

testzügen und Straßenaktionen kann z.B. ausgerechnet und präsentiert werden, wie wenig Platz in den Klassen ist, wofür der Staat Geld ausgibt (und wofür nicht) und wie Schule ohne Profitlogik aussehen könnte.

So können verschiedene Ressourcen-Löcher aufgezeigt und deutlich gemacht werden, was gebraucht wird: beispielsweise kleinere Klassen, mehr Personal und Ressourcen. Und was es nicht braucht: nämlich rassistische Hetze gegen Schüler\*innen und die Forderung an Lehrpersonen, noch mehr zu schlucken.

# Heißer Herbst ist nötig - Es geht nicht ums Wetter!

Die Gewerkschaften müssen kämpfen, nicht nur aufklären und fordern



Der Herbst kommt und damit auch die Lohnrunden. Nach dem 2-Jahres-Abschluss der Metaller 2023 wird neuer wieder verhandelt. Der Abschluss der Metallindustrie ist traditionell nicht nur der Startschuss, sondern hat hohe Symbolwirkung für alle Beschäftigten. Denn die Metallindustrie hat viele Gewerkschaftsmitglieder und damit potentiell eine hohe Kampfkraft.

Von Sonja Grusch, SO Wien

Einen Teil der Probleme greifen die Gewerkschaften in ihren Medien auf: hohe und steigende Preise, zu niedrige Löhne und Gehälter insgesamt und besonders bei Frauen, erzwungene Teilzeit wegen Betreuungspflichten usw. bei Frauen, überbezahlte Mieten und noch viel mehr. Über all das informiert die Gewerkschaft und stellt Forderungen auf. Doch dabei bleibt es dann auch schon: Appelle an die politisch Verantwortlichen, ohne selbst wirklich aktiv zu werden. Noch schlimmer ist es bezüglich der Maßnahmen der Regierung: Verschlechterungen bei den Pensionen (Teilpension) werden schön geredet, obwohl klar ist, dass uns Geld und Lebenszeit gestohlen wird. In der Teilzeitdebatte erwähnen ÖGB-Führung und SPÖ-Regierungsmitglieder mit keinem Wort die ursprüngliche Babler-

Forderung nach der 32-Stundenwoche, also Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personal. Die Gewerkschaftsführung macht der Regierung und insbesondere der SPÖ die Mauer, gibt sich staatstragend und hofft auf ein paar Zuckerl, wenn man nur brav still hält, weil es für "die Wirtschaft" wichtig ist.

Die Taktik hat nie funktioniert und geht nach hinten los: Wenn Verschlechterungen schön geredet werden, kann sich die FPÖ als "sozial" präsentieren (obwohl sie an der Macht brutale Maßnahmen gegen die Beschäftigten setzt). Wenn die Gewerkschaftsführung keine Verbesserungen erkämpft, treten viele aus oder gar nicht erst ein. Und wenn die Gewerkschaften nicht kämpfen, dann lernen die Arbeiter\*innen und auch die Betriebsräte das Kämpfen nicht - doch auch das muss geübt werden.

## So geht "Heißer Herbst"

Österreich ist im dritten Jahr der Rezession und die zunehmenden Firmenpleiten wie auch die niedrigen Investitionen sowie die internationale Lage deuten keine Verbesserungen an. Die Menschen haben Angst um ihre Jobs, aber gleichzeitig haben sie bereits jetzt zu wenig Geld. Darum muss der Kampf um Arbeitsplätze mit dem Kampf um höhere Löhne verbunden werden! Der

Druck der Unternehmen auf die Gewerkschaftsführung wird weiter steigen, "vernünftig" zu sein und nicht zu viel zu fordern. Doch genau das können wir uns nicht leisten! Die hohen Ausgaben für Aufrüstung, die Vermögen und Einkommen der Superreichen und die massiven Gewinne in Teilen der Wirtschaft (Energie, Banken etc.) zeigen, dass es nicht am Geld an sich mangelt. Lohnverzicht rettet keine Jobs und stärkt nicht die Wirtschaft sondern nur die Profite.

## Offensive Gewerkschaftspolitik braucht:

- Lohnerhöhungen, die mindestens die Verluste der letzten Jahre wettmachen, und mit Verkürzung der Arbeitszeit gegen Jobverlust und steigenden Arbeitsdruck vorgehen
- die aktive Einbindung der Beschäftigten durch Versammlungen, Diskussionen und Abstimmungen
- Kampfmaßnahmen bis zu Streiks
- eine Ablehnung der Spar-Logik des Kapitalismus
- die Zusammenarbeit verschiedener Branchen und mit anderen Gruppen (Studierende, Frauengruppen etc.), die auch betroffen sind.

Dass Katzian (ÖGB), Teiber (GPA), Quin (GÖD) oder Binder (Pro-GE) nicht für so einen Kurs stehen ist klar. Viel zu nah sind sie politisch und auch in ihrem privilegierten Lebensstil bei den etablierten Parteien und sehen sich als "Partner" der Wirtschaft. Auch deshalb ist es nötig, die Gewerkschaften zurückzuholen und wieder zu Kampforganisationen zu machen, die sich nicht an dem orientieren, was Regierung und Unternehmen geben wollen, sondern daran, was die Beschäftigten brauchen.

## Für echte, demokratische Urabstimmungen

Gewerkschaften sind umso erfolgreicher, je aktiver die Mitglieder in Entscheidungen eingebunden sind. Natürlich kann in der Situation eines Streiks nicht jedes Detail basisdemokratisch entschieden werden, das würde lähmen. Aber was die zentralen Forderungen sind und insbesondere, welche Angebote angenommen werden - oder nicht: darüber muss es demokratische Entscheidungen geben muss. Die Verhandlungsteams bestehen oft aus Angestellten der Gewerk-

schaft bzw. Kolleg\*innen mit relativ hohen Gehältern. Sie sind von der Arbeitsrealität jener, für die sie verhandeln und abschließen, weit entfernt. Weil die Löhne und Arbeitsbedingungen überlebenswichtig sind, müssen die Betroffenen selbst entscheiden. Weil die Forderung nach "Urabstimmung" immer lauter wurde, haben auch die Gewerkschaftsführungen reagiert - und sie zu ihrem Zweck missbraucht. Denn durch Fragestellung, Abstimmungsart und Zeitpunkt kann

eine solche Abstimmung so gelenkt werden, dass das von der Bürokratie gewünschte Ergebnis herauskommt. Echte, demokratische Urabstimmungen sind bindend für die Verhandler\*innen, die Fragen werden unter Einbeziehung der Beschäftigten ausgearbeitet und bei der Abstimmung wird sichergestellt, dass alle Beschäftigten (auch Lehrlinge, Teilzeitkräfte und Leiharbeiter\*innen) mitstimmen können. Demokratie bringt Kampfkraft, und die braucht die Gewerkschaftsbewegung dringend!

# Keine Zukunft in Uniform

## Warum die Militarisierung der Jugend gestoppt werden muss

In Österreich wird die Propaganda für mehr Soldat\*innen, höhere Militärausgaben und eine Stärkung des Bundesheeres immer lauter.

Von Alexander Weber, SO Wien

Österreich ist von den internationalen Entwicklungen zunehmender imperialistischer Spannungen nicht ausgenommen und besitzt z.B. wirtschaftspolitische Interessen am Balkan. Neben heimischen Firmen kommt dort auch das Bundesheer zum Einsatz. Dies zeigt einmal mehr, dass die "Neutralität" ein Mythos ist. Sie dient unter anderem als Vorwand, um bei Aufständen von Unterdrückten wegzuschauen, während gleichzeitig Geschäfte mit allen Seiten gemacht werden, egal wie undemokratisch sie sind.

Für die Jugend bedeutet diese Politik vor allem eines: Sie wird als „Ressource“ für künftige Konflikte betrachtet. An Schulen soll verstärkt militärische Präsenz gezeigt, Rekrutierungskampagnen ausgebaut und die „Wehrhaftigkeit“ der Gesellschaft erhöht werden. Die Dreier-Koalition knüpft damit an eine lange Tradition an, in der unter dem Vorwand von Sicherheit der Ein-

fluss des Militärs auf das zivile Leben ausgeweitet wird.

Dabei stehen junge Menschen schon jetzt unter enormem Druck: steigende Mieten, unsichere Jobperspektiven, Klimakrise und Zukunftsängste prägen unseren Alltag. Vielen macht nun auch die steigende Kriegsgefahr Angst. Wir wollen nicht in einer Welt leben, in der Krieg zum Alltag gehört!

Jeder Euro für Aufrüstung fehlt im Sozial- und Bildungswesen. Schulen, Pflege und Jugendarbeit leiden unter Personalmangel und Finanzierungsnot, während Milliarden in Panzer, Drohnen und Waffen fließen. Das trifft besonders alle Jugendlichen, die nicht reich sind und daher auf funktionierende Infrastruktur, leistbaren Wohnraum und gute Ausbildung angewiesen sind. Mit der Krise und potentiellm Widerstand nimmt auch die Repression zu. Künftig könnte nicht nur die Polizei, sondern auch das Heer eingesetzt werden - gegen Jugendproteste, aber letztlich auch gegen streikende Beschäftigte.

Eine militarisierte Gesellschaft nimmt jungen Menschen nicht nur Freiheit, sondern verschiebt den Fokus weg von dringend nötigen Aufgaben wie Klimaschutz, Bildung und sozialer Gerechtigkeit.



keit. Statt die Jugend auf Krieg vorzubereiten und damit auch ein konservatives Männerbild zu stärken, braucht es eine Politik, die Wohnungen statt Kasernen baut, Schulen saniert statt Waffen bestellt und Ausbildungsplätze schafft. Wir befinden uns in einer neuen Ära der kapitalistischen Krise. Militarisierung ist ein untrennbarer Teil davon. Ein Ende des Militarismus gibt es nur mit einem Ende des Kapitalismus und durch eine sozialistische Gesellschaftsveränderung.

## Faktencheck: Kosten, Risiken und Realität der Aufrüstung

### Wer bezahlt den Preis der Militarisierung?

Für 2025 plant Österreich Militärausgaben von 4,39 Milliarden Euro mit steigender Tendenz. Bereits 2026 soll das Budget um weitere 8,7 % (369,8 Millionen) wachsen. Bis 2032 sind zusätzlich 17 Milliarden Euro für das Bundesheer geplant. Auch das NATO-Ziel von 2% des BIP für Rüstung soll erreicht werden. Währenddessen wird anderswo gespart: 2025 sind Einsparungen von rund 6 Milliarden Euro vorgesehen, im Jahr darauf sogar 8,7 Milliarden Euro.

Von Tim Rosa

Auch international ist ein massiver Anstieg der Rüstungsausgaben zu be-

obachten. Weltweit erhöhten sich die Militärausgaben 2024 um 7,4 %. In der EU werden sogar die Schuldenregeln gelockert, um zusätzliche Rüstungsausgaben zu ermöglichen.

Die Aufrüstung wird uns von Militär-expert\*innen und Politiker\*innen als "Sicherheit" verkauft. Während Milliarden in Waffen fließen, bleiben zentrale Sicherheitsrisiken aber ungelöst. Denn echte Sicherheit ist z.B. Sicherheit vor Arbeitslosigkeit und vor Armut. Auch die Sicherheit vor dem Klimawandel und ein sauberer Planet werden regelmäßig von der Politik ignoriert oder als unwichtig betrachtet.

Die steigenden Auftritte von Militär-expert\*innen und auch Werbungen von

und für die Armee sollen uns von der angeblichen "Notwendigkeit" der größeren Militärausgaben überzeugen. Doch zwei Drittel der Bevölkerung in Österreich sind nicht bereit, in den Krieg zu ziehen.

Also nutzt das Militär die Wirtschaftskrise, um sich als Ausweg für Ausbildung, Einkommen oder Job zu präsentieren. Eine gefährliche "Lösung", denn Aufrüstung füllt nur die Konten der Konzerne. Die Kapitalist\*innen würden uns den Krieg gerne schmackhaft machen. Die Geschichte zeigt jedoch, dass es gerade Jugendliche sind, die immer wieder Stellung gegen den Krieg einnehmen und auch große Proteste dagegen anführen.



# Die Welt in einer neuen, bewegten und widersprüchlichen Zeit

## CWI-Weltkongress: Aufgaben von Marxist\*innen

“Wir befinden uns in einer Zeit dramatischer sozialer, politischer und wirtschaftlicher Polarisierung, Schocks, Instabilität und Unsicherheit. Und das in einem Ausmaß, wie wir es seit Generationen nicht mehr erlebt haben. Eine neue Welt ist in einem langwierigen Todeskampf des Kapitalismus im Entstehen. Es gibt revolutionäres Potenzial und Optimismus, die einen Ausblick auf eine neue Welt beinhalten. Dies hat sich in wichtigen Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen niedergeschlagen, die ausgebrochen sind. In der neuen Ära, in der wir uns jetzt befinden, stehen noch größere Klassenkämpfe und soziale Umwälzungen bevor,” analysiert das CWI.

Von Laura Rafetseder, SO Wien

Angesichts von Kriegen, Aufrüstung, Klima- und Wirtschaftskrise, wachsenden internationalen Spannungen und dem Aufstieg rechter Kräfte war es eine wichtige Aufgabe des 14. Weltkongresses des Komitees für eine Arbeiter\*inneninternationale (CWI/KAI), Chancen und Potential für Veränderung herauszuarbeiten. Vertreter\*innen von Sektionen, Gruppen und befreundeten Organisationen aus zwanzig Ländern und allen fünf Kontinenten kamen in Berlin zu umfangreichen Diskussionen zusammen. Der Kongress hat mehrere Resolutionen verabschiedet, einen neuen internationalen Vorstand gewählt und die Diskussion für ein neues Programm der Internationale begonnen.

### Dramatisch veränderte Weltlage

Wir leben in einer multipolaren Welt: Der US-Imperialismus hat nicht mehr, wie unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Stalinismus, DIE dominante Vormachtstellung als einzige imperialistische Macht. Stattdessen formieren sich vor dem Hintergrund der Schwächung des US-Imperialismus und der wachsenden Konkurrenz zwischen den USA und China in sich und untereinander instabile Blöcke imperialistischer Mächten. Das beinhaltet wechselnde Allianzen bzw. haben imperialistische

Staaten wie Russland, Indien etc. auch eigene Interessen. Das Gewicht Chinas zeigt sich auch in Afrika, Asien und immer mehr auch in Lateinamerika. Kriege und bewaffnete Konflikte nehmen zu.

International sind zunehmende Repression und autoritäre Maßnahmen/Regime wie auch stark beschleunigte Militarisierung und Aufrüstung Merkmale der neuen Situation und Symptome der kapitalistischen Krise. Das zeigt sich in den USA aber auch in Europa, das geprägt ist von zunehmenden Spannungen mit den USA, aber auch der europäischen Nationalstaaten untereinander im Kampf um Vormachtstellung. Die aggressiv-protektionistische Zollpolitik Trumps und sein zunehmend autoritäres Regime sind Ausdruck dieser neuen Weltlage. Gleichzeitig zeigt sich am Beispiel des Trump-Regimes die ganze Widersprüchlichkeit der Situation. Er ist Vertreter des Establishments gegen das viele seiner Wähler\*innen – durchaus berechtigt – stimmen wollen. Und es ist genau die Zollpolitik Trumps, die zu steigender Inflation, wirtschaftlichen und sozialen Problemen in den USA und damit einer Erosion seiner Basis führen wird. Bereits jetzt zeigen sich Spannungen in der MAGA-Bewegung und Proteste gegen die Trump-Maßnahmen.

Das alles findet zusätzlich zur Klimakrise statt, die auf kapitalistischer Basis nicht aufzuhalten ist. Künstliche Intelligenz wird im großen Stil für Rationalisierung und Jobabbau eingesetzt. Sie wird aber die tiefen kapitalistischen Widersprüche nicht lösen, sondern vertiefen. Die enormen Vorteile zur Arbeitersparnis von KI können – wie bei anderem technischen Fortschritten – nur in einer sozialistischen Gesellschaft zum Wohle und nicht zum Schaden der Menschheit vollständig verwirklicht werden.

### Das Ende der Demokratie?

Zunehmende Repression, rechte Wahlerfolge und auch bürgerliche Regierungen mit anti-demokratischen Tendenzen wie auch eine wachsende Polarisierung sind ebenfalls Symptome des Kapitalismus in der Krise. Kaum

eine Regierung hat eine stabile Basis. Durch den Zusammenbruch des Stalinismus wurde auch das Bewusstsein der Arbeiter\*innenklasse mit der ideologischen Offensive des Kapitalismus weltweit zurückgeworfen, doch dieses ist im Aufholen begriffen. Die Krise 2007 hat ebenso wie die Klimakrise die Unfähigkeit des Kapitalismus gezeigt, den Menschen ein gutes Leben zu sichern. Und Corona hat gezeigt, dass es die normalen Beschäftigten und nicht Banker und Managements sind, die die relevante Arbeit leisten – das hat Selbstbewusstsein gegeben. Die weltweiten Proteste gegen die Verbrechen in Gaza haben eine ganze Generation politisiert.

In den letzten Jahren haben wir in mehreren Ländern Massenbewegungen gesehen, die zum Teil auch Regierungen gestürzt haben. Die Massenbewegungen in Serbien und der Türkei richten sich gegen Korruption und autoritäre Regime. In Sri Lanka kam es nach der Massenbewegung 2022 neuerlich zum Sturz der Regierung wegen ihrer Kürzungspolitik im Auftrag des IWF. Allerdings hat die neue “marxistisch” geführte JVP-Regierung bereits klar

### Das CWI im (Wieder)aufbau

Der 14. Weltkongress war geprägt vom Streben nach inhaltlicher Klarheit und einer Aufbruchstimmung. Seit der CWI-Spaltung von 2019 konnte sich das CWI stabilisieren, in einigen Sektionen wachsen und ist mit verschiedenen Kräften in Israel/Palästina, Rumänien und Schweden in Diskussion und Kooperation getreten. In den letzten ein, zwei Jahren sind in Irland, Österreich und Nigeria Mitglieder zum CWI zurückgekehrt, die sich 2019 der CWI-Abspaltung (International Socialist Alternative – ISA) angeschlossen hatten. In Österreich sind wir als Sozialistische Offensive so weit angewachsen bzw. haben uns gefestigt, dass wir vom Kongress als vollwertige Sektion des CWI aufgenommen wurden.

gemacht, dass auch sie die Vorgaben des IWF erfüllen wird. Weitere Proteste sind vorprogrammiert. Auch in Afrika gab es die großen Proteste im Sudan und aktuell Massenbewegungen wie in Kenya und die "End bad governance" Proteste ("Schluss mit korrupten Regierungen") in Nigeria. CWI-Mitglieder sind Teil vieler dieser Proteste, wie in Sri Lanka und Nigeria. Eine Folge davon ist aber auch, dass CWI-Mitglieder im Fokus von Repression stehen können, wie z.B. in Nigeria. Auch in zahlreichen anderen Regionen und Ländern gibt es Klassenkämpfe, Bewegungen, Proteste, Aufstände, die sich in dieser neuen Periode um unterschiedlichste Fragen entzünden können.

### **Doppelte Aufgabe von Marxist\*innen**

Die Medien konzentrieren sich auf die rechten Wahlerfolge, doch tatsächlich sehen wir eine Zunahme von Klassenkämpfen und auch politische Entwicklungen nach links. Die neue Initiative um Corbyn in Richtung neue Partei in Britannien (siehe Artikel Seite 10) bestätigt die Perspektive des CWI. Seit der Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Parteien und dem Zusammenbruch des Stalinismus 1989-91 betonen wir, dass Marxist\*innen eine "doppelte Aufgabe" haben: im Rahmen des Wiederaufbaus der Arbeiter\*innenbewegung den Aufbau von breiteren Massenparteien der Arbeiter\*innenklasse zu unterstützen und den Aufbau von revolutionären Parteien voranzutreiben.



In den 00er und 10er Jahren entstanden v.a. linkspopulistische Formationen wie Syriza, Podemos aber auch die Linke in Deutschland. Diese haben aber kaum Verankerung in der Arbeiter\*innenklasse, agieren weitgehend an den Gewerkschaften vorbei und setzen auf Wahlen und Regierungsbeteiligungen mit bürgerlichen Kräften. Wo sie in Regierungen waren, haben sie Kürzungspolitik umgesetzt bzw. mitgetragen. So tragen sie mit ihrer Politik zum Teil Verantwortung für das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte, indem sie es diesen überlassen, sich "sozial" zu präsentieren und so das Vakuum zu füllen.

Die jüngsten Entwicklungen in Britannien haben die Chance, eine andere Richtung einzuschlagen. Mitglieder des CWI in England & Wales nutzen ihre Positionen (aufbauend auf den Klassenkämpfen von 2022-24) in den Gewerkschaften, um die Gewerkschaftslinken in den Prozess um Corbyn einzubeziehen und einer neuen Partei eine echte Ver-

ankerung in der Arbeiter\*innenklasse und den Gewerkschaften zu geben. Auch in Deutschland sehen wir das Wiederaufleben der Linken in Reaktion auf die Erfolge der AfD. Das CWI in Deutschland arbeitet wieder verstärkt in der Linken und kämpft für eine sozialistische Ausrichtung der Partei statt Regierungsbeteiligung und kapitalistischer Mangelverwaltung.

Die Weltlage ist kompliziert und macht vielen Angst und Sorgen - aber es gibt auch Unmut über die Missstände, über Ausbeutung und Unterdrückung. Sie ist voller Hoffnung auf eine andere, eine bessere Zukunft, voller Bereitschaft aufzustehen und sich zu wehren. Von Chile bis Indien, von den USA bis Südafrika, von Nigeria bis Frankreich,

Mitglieder des CWI analysieren die Entwicklungen nicht nur, sondern sind aktiver Teil von Bewegungen. Wir schlagen Programm und Schritte vor, um tatsächlich zu gewinnen - werde auch du Teil des CWI!

## **Protektionismus und steigende Kriegsgefahr**

Seit längerem setzen zumindest Teile des Kapitals auf zunehmenden Protektionismus. Eben weil der wirtschaftliche Kuchen stagniert oder kleiner wird – die Weltwirtschaft also spätestens seit 2007 von Krise zu Krise schlingert – ist jede Regierung angehalten, die Interessen "ihres" Kapitals noch entschiedener zu vertreten. Dazu gehören der Schutz der eigenen Märkte und Handelswege z.B. mit Zöllen, die Suche nach Nischen und Vorteilen gegenüber anderen Firmen und das Erobern neuer, günstigerer Rohstoffquellen und neuer Absatzmärkte.

Wo diese Eroberung nicht friedlich oder mit Druck bis hin zur Erpressung geht, liebäugeln Regierungen zunehmend mit der „Notwendigkeit“ von Militäreinsätzen. Die massive

Aufrüstung geht zu Lasten der Arbeiter\*innenklasse, Geld das in Rüstung gesteckt wird, fehlt im Sozialsystem, was wiederum zu Widerstand und Klassenkämpfen führen wird. Wir sehen zunehmend militärische Auseinandersetzungen wie z.B. in der Ukraine und in Gaza bzw. das Muskelspiel zwischen Indien und Pakistan in Bezug auf Kaschmir, die ebenfalls Ausdruck dieser Situation sind. Aufrüstung, bewaffnete Konflikte und die Kriegsgefahr wachsen.

Die Herrschenden schüren Angst, um ihre Militarisierungspläne durchzusetzen. Doch auch ihnen ist bewusst, dass ein umfassender 3. Weltkrieg nukleare Zerstörung und das Ende der Welt, wie wir sie kennen, und auch ihrer Profitbasis bedeuten würde. Regionale Kon-

flikte und Stellvertreterkriege sind daher die wahrscheinlichere, dennoch grausame, Perspektive. Gleichzeitig sind die globalen Proteste gegen den Gaza-Krieg ein Anzeichen, dass Kriegstreiberei auf Widerstand stoßen kann.

Die vereinzelt Streiks gegen Waffenlieferungen an Israel zeigen das Potential der Arbeiter\*innenklasse gegen Krieg. In den 1980er Jahren gab es große Bewegungen gegen Aufrüstung und 2003 gegen den Irakkrieg. Die Russische Revolution war ein zentraler Faktor für die Beendigung des 1. Weltkrieges. Die Kapitalist\*innen sehen Krieg als Geschäft und Fortführung ihrer Politik. Doch wir sehen das Potential der Arbeiter\*innenklasse, nicht nur Kriege zu beenden, sondern ihnen mit dem Sturz des Kapitalismus auch in Zukunft jede Grundlage zu entziehen.

## Wie eine Protestbewegung in Dresden viele Kürzungen verhindert hat Deutschland: Gemeinsamer Kampf lohnt sich

Im Sommer 2024 wurde deutlich, dass für 2025/26 drastische Kürzungen im kommunalen Haushalt in Dresden geplant waren. 150 Millionen Euro fehlten, weil das Land Sachsen nicht genug Geld bereit stellte, um die gestiegenen Kosten auszugleichen. In Dresden, der drittgrößten Stadt in Ostdeutschland, leben 570.000 Menschen. Alle wären von den Kürzungen, die eine Dresdner Tageszeitung passend „Liste der Grausamkeiten“ nannte, betroffen gewesen – v.a. Ältere, Kinder, Jugendliche und arme Menschen. Der geplante Haushalt war ein massiver Angriff auf die Arbeiter\*innenklasse.

Von Anne Pötzsch, CWI Dresden/Deutschland (Sol)

### Aus der „Liste der Grausamkeiten von Oberbürgermeister Hilbert:

Abschaffung der Schulsozialarbeit an 21 Schulen  
Steigerung der Kindergarten-Beiträge um bis zu 100 Euro pro Kind  
Schließung von 2 Standorten einer Beratungsstelle für Betroffene von Alzheimer und Demenz und deren Angehörigen  
Schließung von mehreren Kinder- und Jugendtreffs  
Schließung eines Schwimmbades  
Komplette Streichung der Straßensozialarbeit für Erwachsene  
Kürzung zahlreicher Integrationsangebote  
Verlängerung der Taktzeit der öffentlichen Verkehrsmittel  
kein Neubau von Schulgebäuden  
massive Einsparungen bei Bibliotheken und Museen

Im Sommer 2024 kam es zum ersten Treffen von über 30 Personen aus verschiedenen Initiativen und die Sol (CWI-Deutschland) war von Anfang an dabei. Das Bündnis startete unter dem Slogan „Kürzungen? Nicht mit uns! – Für ein solidarisches und soziales Dresden“ durch. Wir begannen mit der Sammlung von Informationen zu den Kürzungsplänen. Unsere Instagram-Seiten waren oft die einzige verständliche Quelle für die



Dresdner\*innen. Das Rathaus versteckte seine Pläne in hunderten unlesbaren Seiten und die Zeitungen berichteten, wenn überhaupt, nur Teilaspekte.

Im November 2024 starteten wir eine Petition, die zur drittgrößten E-Petition in der Geschichte der Stadt wurde. In den Folgemonaten organisierten wir mehrere große Demonstrationen mit teilweise über 2.000 Teilnehmenden. Wir brachten den Kampf der Betroffenen auf die Straße.

### Sozialist\*innen als zentraler Faktor

Die Sol-Aktivist\*innen übernahmen einen Großteil der organisatorischen Arbeit, meldeten Demonstrationen an, bereiteten die Treffen vor, trugen maßgeblich zur Informationssammlung und der Gestaltung der Instagram-Seite bei, halfen beim Aufbau einer Jugendgruppe gegen Kürzungen und bei der Mobilisierung mit Plakaten und Flugblättern.

Wir entwickelten ein sozialistisches Programm (machten es jedoch nie zur Bedingung unserer Arbeit im Bündnis). Wir machten klar, dass genug Geld für eine gut funktionierende und ausreichend gestaltete soziale Infrastruktur da ist und man es sich bei den Reichen holen muss. Wir erklärten, dass das Bündnis nicht nur Forderungen für eine ausreichende Finanzierung der städtischen Aufgaben an die Politik stellen soll, sondern dass es mehr und echte Demokratie braucht. Stets betonten wir, dass das Problem ein bundesweites ist und dass die Kommunen sich gegen die Politik von Land und Bund für die Reichen und für Aufrüstung zusammenschließen müssen. Gab es zu Anfang

noch Skepsis im Bündnis zur Forderung einer Vermögenssteuer, wurde das schnell zu einer unserer Kernforderungen, die von der Bevölkerung angenommen und auf den Demos auf Schildern gefordert wurde. Die Reden auf den Demonstrationen wurden immer kämpferischer und antikapitalistischer.

### Kämpfen wirkt!

Zwar konnten wir nicht das ganze Paket verhindern, aber durch den Kampf wurde vieles vorerst abgewendet. Die Schulsozialarbeit blieb, das Schwimmbad wurde von der Stadt gekauft, um die Schließung zu verhindern, Prestigeprojekte wie der Eine-Million-Euro-Brunnen wurden vom Stadtrat abgelehnt und die Kindergartenbeiträge stiegen nicht in geplanter Höhe. Trotzdem wurden viele Einrichtungen geschlossen, weitere werden vermutlich folgen. Dennoch war der Kampf ein Erfolg. Das Bündnis gegen Kürzungen hat eine große Breite an Gruppen, Initiativen, Beschäftigten und Nutzer\*innen der Einrichtungen mobilisiert und die Kürzungen zum Stadtgespräch gemacht. Die Politik musste geplante Kürzungen zurücknehmen.

Viele Dresdner\*innen wurden politisiert durch die Kampagne, viele, v.a. Jugendliche, wurden erstmals aktiv, manche wurden sogar Sozialist\*innen. Klar ist: Das Bündnis macht sich bereit für den nächsten Haushalt und den weiteren Kampf gegen die Kürzungen – denn die Liste der Grausamkeiten war nicht der letzte Angriff auf die Dresdner Arbeiter\*innen.

Mehr unter [www.solidaritaet.info](http://www.solidaritaet.info)



# Irland: Mit Gewerkschaften gegen rassistische Spaltung und für genug Ressourcen für alle

Am 10. Juni 2025 gab es pogromartige Angriffe gegen Migrant\*innen in Ballymena in Nordirland durch rechts-extreme Gruppen. In der Republik Irland haben die Populist\*innen und die extreme Rechte in den letzten Jahren auf der Straße mobilisiert. Gegen die rassistische Gewalt in Ballymena gab es am 11. Juni eine erfolgreiche Gegenmobilisierung mit Beteiligung der Gewerkschaften, die klargemacht hat, dass die große Mehrheit der Bevölkerung nichts mit den Pogromen zu tun haben will.

Von David Kurz, SO Niederösterreich

Unter Ausnutzung der Wohnungskrise, der kaputten Infrastruktur und der hohen Lebenshaltungskosten hat die populistische Rechte ein Echo in den am meisten unterdrückten und entfremdeten Schichten der Gesellschaft gefunden. Sie füllt das Vakuum, das die Linke nicht füllt, indem sie die sozialen Fragen aufgreift und mit Rassismus ablenkt. Viele Teile der Innenstädte und der ländlichen Gebiete fühlen sich „abgehängt“. Das betrifft sowohl Nordirland als auch den Süden Irlands. Dazu kommt das überforderte Gesundheitssystem. Die Regierungen in Britannien und Irland setzen Rassismus nichts entgegen bzw. setzen selbst auf Rassismus, um von ihrer Politik abzulenken. Steigende Kriminalität und Gewalt zeigen, dass der Irische Tiger in der Krise ist - die Verrohung der Gesellschaft ist Symptom davon.

## Sozialist\*innen mobilisieren die Gewerkschaften im Kampf gegen Rechts

Sehr wichtig ist es daher, dass es auch gelungen ist, die Gewerkschaften und nicht nur linke Organisationen für die Gegenmobilisierung zu gewinnen. In Irland haben die CWI-Aktivist\*innen in den Gewerkschaften eine wichtige Rolle im Widerstand gegen die populistische Rechte gespielt. Der Anstoß für die Unterstützung der Gewerkschaften für Proteste gegen die Rechtsextremist\*innen in Dublin kam von einem CWI-Mitglied im Bundesvorstand von SIPTU, der größten Gewerkschaft der

Republik. Die Aktivist\*innen des CWI in Nordirland von Militant Left haben Erfahrungen mit den Besonderheiten einer Gesellschaft mit historischen sektiererischen Spaltungen und der Bedeutung der Gewerkschaften für die Einheit der Arbeiter\*innenklasse. Auch in der größten nordirischen Gewerkschaft NIPSA haben CWI-Mitglieder bei den antirassistischen Gegenprotesten eine führende Rolle gespielt. CWI-Mitglied Carmel Gates, Generalsekretärin von NIPSA: „Wir haben die Gewerkschaften zu einem gewissen Grad in Aktion zwingen können, allerdings mobilisieren sie immer noch nicht ihre Basis, was nötig wäre. Zur Zeit der sektiererischen Gewalt in Nordirland hatten wir zu gewerkschaftlichen Verteidigungskomitees aufgerufen. Ähnlich setzen wir auf organisierten Demo-Schutz. Wir hatten auf der NIPSA-Konferenz im November bereits einen Antrag gestellt auf gewerkschaftlichen Demonstrationsschutz, der angenommen wurde. Wir sagen ebenso, dass wir den rassistischen Kräften den Boden entziehen müssen, indem wir die Ursachen bekämpfen - die um sich greifende Armut einer ganzen Schicht.“

## Auch der ÖGB hat eine Verantwortung

In Österreich wurde im Sommer 2025 ein Antifacamp von der Polizei gestürmt. Gleichzeitig konnten die neofaschistischen Identitären mit 200 Leuten aufmarschieren und später Leute angreifen, während die Polizei brutal und mit Verhaftungen gegen die antifaschistische Gegenmobilisierung vorgeht. Es wäre daher wichtig, dass auch der ÖGB seine Verantwortung im Kampf gegen die Spaltung der Arbeiter\*innenklasse wahrnimmt, anstatt in Pressesaussendungen zu mahnen und auf einer rein moralischen Ebene z.B. zum Fest der Freude mobilisiert. Um der Rechten den Boden zu entziehen, müsste der ÖGB Widerstand gegen die Kürzungen der Regierung organisieren, anstatt diese abzusegnen wie bei der Teilpension. Gleichzeitig braucht es eine neue Arbeiter\*innenpartei, die mit echten sozialen Verbesserungen der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirkt. Rechte Gruppierungen und Parteien haben



keine Antworten, um die wirklichen Probleme zu lösen. Militant Left, die Sozialistische Offensive und das CWI stehen daher für den Kampf gegen die Spaltung der Gesellschaft und für die Lösung der sozialen und politischen Probleme, zum Beispiel für leistbare Wohn/Mietkosten sowie ein funktionierendes Gesundheitssystem. Der Kampf gegen die extreme Rechte braucht den Kampf gegen soziale Missstände, Arbeitslosigkeit und die herrschenden Eliten, um erfolgreich zu sein - und die Gewerkschaften haben hier eine hohe Verantwortung.

Mehr unter: [www.militant-left.org](http://www.militant-left.org)

## Mehr über die Arbeit des CWI



Die Sozialistische Offensive ist die österreichische Sektion des Komitees für eine Arbeiter\*innen-Internationale (CWI/KAI). Auf der CWI-Seite gibt es Analysen und Berichte über Bewegungen, Kampagnen und Proteste und vieles mehr aus allen Teilen der Welt - aus marxistischer Perspektive.

# Britannien: Neugründung als Chance?!

## Neue Partei für Arbeiter\*innen und Jugendliche

Die unabhängigen Parlamentsabgeordneten Jeremy Corbyn und Zarah Sultana kündigten die Gründung einer neuen linken Partei an. Wie groß die Begeisterung dafür ist, zeigt, dass sich bereits mehr als 700.000 Menschen (Stand 11.8.2025) auf der Website [yourparty.uk](http://yourparty.uk) zur Unterstützung der Initiative anmeldeten, obwohl die Partei noch gar nicht existiert.

Von Gerhard Ziegler, SO Linz

Die Begeisterung ist verständlich. Die Labour Party hatte sich Mitte der 1990er Jahre unter Tony Blair von einer bürgerlichen Arbeiter\*innenpartei (= Partei mit prokapitalistischer Führung, aber mit Arbeiter\*innenbasis) zu einer rein bürgerlichen Partei gewandelt. Sie steht wie die konservativen Tories für Kürzungen bei Arbeiter\*innen, für Verteidigung der Profite der Banken und Bosse und für Aufrüstung. Die Arbeiter\*innenklasse hat keine eigene Partei mehr.

Darum analysiert die Socialist Party (SP, CWI in England & Wales) seit damals, dass neben dem Aufbau einer revolutionären Partei zum Sturz des Kapitalismus auch der Aufbau einer neuen Arbeiter\*innenpartei notwendig ist. Dort könnten Gewerkschafter\*innen, Aktivist\*innen sozialer Bewegungen, Arbeiter\*innen, Frauen und Jugendliche ihre Erfahrungen austauschen, sich koordinieren und die nächsten Schritte im Klassenkampf kollektiv planen. Die SP analysiert aber nicht nur, sie startete Initiativen wie TUSC (Trade Unionist and Socialist Coalition), eine Wahlinitiative mit Beteiligung der Transportarbeiter\*innengewerkschaft RMT, und unterstützte Corbyns linkes Labour-Projekt mit konkreten Vorschlägen.

Denn 2015 wurde der Linke Corbyn eher durch Zufall Vorsitzender der Labour Party. Es gelang ihm aber nicht, innerhalb der bürgerlichen Partei mit seinen Anhänger\*innen eine Politik für Arbeiter\*innen durchzusetzen, da er entgegen den Vorschlägen der SP einem Kampf mit dem rechten Flügel auswich. Corbyn wurde ausgeschlossen, die Rechten um Starmer übernahmen wieder das Kommando. Die Parlamentswahlen 2024 machten Starmer zum

## WHAT NEXT IN THE FIGHT FOR A NEW WORKERS' PARTY?



Premierminister, doch Labour führt die Kürzungspolitik der Tories gegen die Arbeiter\*innenklasse zur Sicherung der Profite der Reichen ungebrochen fort.

Dadurch kam es zu Austritten einzelner Abgeordneter wie Zarah Sultana und zum Aufstieg der rechten Reform-Partei. Ohne Opposition von links konnte sie sich ähnlich wie die FPÖ als „soziale Alternative“ präsentieren, siegte bei lokalen Wahlen und überholte Labour in Umfragen. Das beflügelte den Prozess zur Gründung einer neuen Partei. Z.B. nahmen am 21. Juli über 1.000 Gewerkschafter\*innen an einem Online-Meeting teil, das von Dave Nellist, Mitglied von SP und TUSC, moderiert wurde und in dem über eine neue Arbeiter\*innenpartei diskutiert wurde. Auch Jeremy Corbyn und Zarah Sultana nahmen teil.

### Wie weiter?

Die kapitalistischen Medien und das Establishment werden die Führung der neuen Partei unter Druck setzen, damit sie „moderater“ und „respektabler“ wird. Aber so würde diese nur eine weitere kapitalistische Partei werden. Eine Struktur, durch die die Arbeiter\*innenklasse starken Gegendruck ausüben und die Führung zur Rechenschaft ziehen kann, wird aber unerlässlich sein.

Insofern wird die Einbindung der Gewerkschaften für die neue Partei entscheidend. Anders als wir Parteimitgliedschaften in Österreich kennen, können bei der Labour Party neben Einzelpersonen auch Gewerkschaften kollektiv Mitglied werden. Das verstärkte das Gewicht der Arbeiter\*innenklasse in

der Partei. Seit ihrer Verbürgerlichung nimmt das aber ab. In den Gewerkschaften, die noch Mitglied sind, wird diese Mitgliedschaft überdacht. Vor allem unter der Gewerkschaft Unite, die in Birmingham in einem Streikampf gegen die Labour-Stadtregerung steht, herrscht großer Unmut.

Während Zultana das Prinzip „one member, one vote“ vorschlägt, bevorzugt Corbyn ein föderales System, das auch von der Socialist Party unterstützt wird. So könnten auch Gewerkschaften, politische Parteien, soziale Bewegungen etc. kollektiv Mitglied werden.

Es gibt noch kein Programm, aber etwas Ähnliches wie Corbyns Manifest von 2017 mit Forderungen wie Verstaatlichung der privatisierten Versorgungsunternehmen, massiver Bau von Sozialwohnungen, Mietpreisbindungen, Abschaffung von Studiengebühren, einen Green New Deal und Abschaffung gewerkschaftsfeindlicher Gesetze wäre ein erster Schritt.

Die SP unterstützt diese Forderungen als Schritt vorwärts für die Arbeiter\*innenklasse, macht aber auch klar, dass die Kapitalist\*innen die Umsetzung verhindern wollen. Darum macht die SP deutlich, sei es notwendig, „ihnen die Hebel der Macht aus den Händen zu nehmen, bspw. durch die Verstaatlichung der großen Unternehmen und Banken unter demokratischer Arbeiter\*innenkontrolle und die Mobilisierung der Arbeiter\*innenklasse zur Unterstützung eines solchen Programms.“

Mehr unter:

[www.socialistparty.org.uk](http://www.socialistparty.org.uk)

# Werde aktiv bei der SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE

## Wofür wir stehen:

- **Wir zahlen nicht** für die kapitalistischen Krisen. Gegen jede Form von Kürzung, Personalabbau und Privatisierung! Wenn sie behaupten, es ist kein Geld da: **Offenlegung aller Finanzunterlagen**, dann sehen wir, wohin der Reichtum geflossen ist, den wir geschaffen haben.

- Für einen **Mindestlohn von 2000.- netto** bei Vollzeit, die automatische Anpassung von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen an die Inflation und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn und ausreichend mehr Personal.

- Statt Subventionen für Banken und Konzerne oder Aufrüstung brauchen wir ein **öffentliches Investitionsprogramm** bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sozialem, Umwelt und Verkehr – finanziert durch die Profite!

- Nein zu jeder Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Gemeinsamer Kampf für **volle Rechte für alle, die hier leben** und für ausreichend Ressourcen für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben.

- Entschlossener **Widerstand gegen rechte Politik**, egal ob im Parlament durch FPÖ/ÖVP oder auf der Straße durch faschistische Gruppen. Die Gewerkschaft hat eine besondere Verantwortung, gegen die rechte Gefahr und die Spaltung der Beschäftigten aktiv zu werden.

- Schluss mit Sozialpartnerschaft und faulen Deals: Bauen wir in den **Gewerkschaften** von unten Druck auf, um sie zu **echten Kampforganisationen** zu machen. Dazu gehört Streik als Kampfmaßnahme und echte demokratische Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse.

- Kein Vertrauen in SPÖ oder Grüne: sie sind Verantwortlich für Sozialabbau und Diskriminierung. Ihre Politik bremst die FPÖ nicht, sondern macht sie stark.

- Für den **Aufbau einer neuen Partei für Arbeiter\*innen und Jugendliche mit sozialistischem Programm**. Politische Vertreter\*innen dürfen nicht mehr verdienen als ein Durchschnittsgehalt und müssen auch abgewählt werden können.

- Das kapitalistische System funktioniert nicht, es schafft nur Krisen, Umweltzerstörung und Krieg. Die Antwort auf die wachsende Kriegsgefahr ist weder Aufrüstung noch Neutralität, denn Krieg ist eine notwendige Folge von Kapitalismus.

- Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte und grundlegende Verbesserungen mit einem Bruch mit dem Kapitalismus zu verbinden. **Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig.**

- Für eine **demokratische sozialistische Gesellschaft**. Sozialismus hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Sowjetunion oder Ostblock zu tun, aber auch nichts mit der Politik der SPÖ. Sozialismus bedeutet, dass die Betriebe in Gemeinbesitz sind und die Wirtschaft demokratisch durch die Arbeiter\*innen, die den Reichtum schaffen, geplant und verwaltet wird. Dann stehen nicht mehr Profite, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit im Zentrum. Armut, Kriege und die Zerstörung des Planeten sind dann Geschichte. Den Kampf der Arbeiter\*innenklasse für eine solche Gesellschaft in Österreich und international zu unterstützen ist Ziel unserer politischen Arbeit.

Hier geht es zu unserem ausführlichen Programm:



## Komm zu unseren Treffen:

Dir gefällt unser Programm? Du willst dich nicht mehr ärgern, sondern endlich selbst etwas tun? Dann komm zu unseren Treffen am Dienstag.

Du kannst **persönlich** kommen - Details hier:

[www.sozialistischeoffensive.net/Termine](http://www.sozialistischeoffensive.net/Termine) zusätzliche **Veranstaltungen findest du auf unserer Homepage und unseren Social Media Kanälen.**

oder du kannst **online** teilnehmen - dann schreib uns, damit wir dir den Link zusenden können.



## CWI - unsere Internationale

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter\*innen-internationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“) und steht in den besten Traditionen der SLP. Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter\*innen ein und organisiert Widerstand und Solidarität über Grenzen hinweg. Unser Ziel ist weltweit der Sturz des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau eines Zusammenschlusses von sozialistischen Demokratien.

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

## Unterstütze unsere Arbeit

Wir sind politisch und finanziell unabhängig. Uns kann niemand mit Inseraten oder Subventionen das Maul stopfen: wir schreiben, was nötig ist. Aber unsere Arbeit kostet Geld. Wenn du den Kampf gegen Kapitalismus und rechte Politik auch finanziell unterstützen willst, dann spende uns. Einmal oder auch monatlich. Ein Dauerauftrag von 5,-, 10.- oder 20.- pro Monat finanziert z.B. wichtige Flugblätter und du bekommst regelmäßig unsere Publikationen.

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700

## Kontakt

Instagram: @sozialistischeoffensive

Facebook: Sozialistische Offensive

Mail: [redaktion@sozialistische-offensive.net](mailto:redaktion@sozialistische-offensive.net)

Website: [sozialistischeoffensive.net](http://sozialistischeoffensive.net)





# Nein zu Aufrüstung, Militarismus und Krieg!

**Geld für Soziales, Gesundheit, Bildung und Umwelt  
statt für Aufrüstung!**

**Kapitalismus bedeutet Krieg – eine Zukunft ohne  
Krieg braucht den Sturz des Profitsystems!**



**Komm Vorbei!**

Wir treffen uns regelmässig -  
auch online-Teilnahme möglich.

**DISKUTIEREN, ORGANISIEREN, KÄMPFEN!**